

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Einleitung	13
2. Teil: Präzisierung des Untersuchungsprogramms	19
A. Überblick über die handelsrechtlichen Gestaltungsklagen	19
B. Materielles Prüfungsprogramm der handelsrechtlichen Gestaltungsklagen	21
C. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz in Beziehung der §§ 117, 127, 133 und 140 HGB untereinander	23
I. Das Verhältnis bzw. die Abgrenzung der handelsrechtlichen Gestaltungsklagen untereinander am Merkmal »wichtiger Grund«	23
II. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Abgrenzung der handelsrechtlichen Gestaltungsklagen untereinander	26
D. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz in Beziehung zu gesellschaftsrechtlichen Anpassungsmaßnahmen	27
E. Zusammenfassung des Untersuchungsgegenstandes	29
3. Teil: Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und ultima-ratio-Prinzip in Rechtsprechung und Literatur	31
A. Die Entwicklung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes in der Rechtsprechung	31
I. Die Verankerung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bei Ausschließungs- bzw. Übernahmeklagen nach §§ 140 HGB, 142 HGB a.F.	31
1. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz in der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone	31
2. Die Fortführung der Rechtsprechung durch den Bundesgerichtshof	34
3. Jüngere obergerichtliche Rechtsprechung zum Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bei Ausschließungsklagen	35
II. Die Verankerung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen von Auflösungsklagen nach § 133 HGB	36

Inhaltsverzeichnis

1. Die Übernahme des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes für Auflösungsklagen in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	36
2. Der Auflösungsgrund des tiefgreifenden, unheilbaren Zerwürfnisses und wirtschaftliche Folgenbetrachtungen der Rechtsprechung	37
a) Die Etablierung der Fälle eines tiefgreifenden, unheilbaren Zerwürfnisses der Gesellschafter als »wichtiger Grund« zur Auflösung der Gesellschaft	37
b) Wirtschaftliche Überlegungen zum Verhältnismäßigkeitsgrundsatz in der Fallgruppe eines tiefgreifenden, unheilbaren Zerwürfnisses der Gesellschafter	38
c) Kritische Würdigung der Ablehnung des Auflösungsantrags durch das Oberlandesgericht Köln im »Gaffel-Urteil«	40
3. Die Betonung des Interesses »an der Aufrechterhaltung der Gesellschaft« in der Rechtsprechung zur Publikums-KG bzw. zur personalistisch geprägten GmbH	41
III. Die Verankerung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bei der Entziehung der Geschäftsführungsbefugnis nach § 117 HGB	43
B. Die Ansicht der Literatur zum Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	45
I. Die Auffassung der herrschenden Meinung	45
1. Grundsätzliche Zustimmung zur Linie der Rechtsprechung	45
2. Mangelnde Konkretisierung der Grundsätze	47
II. Abweichende Auffassungen	49
1. Generelle Ablehnung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bei Auflösungsklagen nach § 133 HGB aufgrund von ökonomischen Rationalitätsüberlegungen?	49
2. Ablehnung des ultima-ratio-Prinzips bei Ausschließungs- und Auflösungsklagen	50
a) Praktische Abschaffung der Ausschließungsklage	50
b) Ablehnung des ultima-ratio-Prinzips bezüglich der Auflösungsklage	51
c) Replik der herrschenden Meinung und Stellungnahme	53
C. Zusammenfassende Stellungnahme zu Rechtsprechung und Literatur	55

4. Teil: Entwicklung einer konsistenten Prüfung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	61
A. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Prüfungsprogramm handelsrechtlicher Gestaltungsklagen	61
I. Untersuchung der dogmatischen Fundierung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	62
1. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz auf Basis gesellschaftlicher Treuepflichten	62
a) Verwirkung bzw. unzulässige Rechtsausübung als Argumente gegen die Treuepflichtdogmatik?	63
b) Begründungsdefizit der Treuepflichtdogmatik im Verhältnis zwischen Ausschließung und Auflösung?	64
c) Ungeeignetheit der Treuepflichtendogmatik zur Ermittlung subsumtionsfähiger Kriterien	65
d) Inkonsistenz der Treuepflichtendogmatik mit der Rechtsprechung zu Zustimmungspflichten zu Vertragsänderungen	66
e) Inkonsistenz der Ablehnung der Treuepflichtdogmatik mit der Rechtsprechung zur Kontrolle von Mehrheitsbeschlüssen?	69
f) Zwischenergebnis	72
2. Verhältnismäßigkeit als allgemeiner Rechtsgrundsatz	73
3. Entwicklung einer eigenständigen dogmatischen Begründung	74
a) Der Wortlaut der §§ 117, 127, 133 und 140 HGB als Ausgangspunkt einer dogmatischen Neupositionierung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	74
b) Die historische Entwicklung zum Ermessen betreffend die §§ 117, 127, 133 und 140 HGB	76
c) Untersuchung des Ermessensgehalts handelsrechtlicher Gestaltungsklagen auf Basis der Entscheidungssituation des erkennenden Gerichts	78
d) Die Rechtsposition des Gestaltungsklägers und richterliches Ermessen	81
aa) Meinungsstand	81
bb) Stellungnahme und Schlussfolgerungen	83
e) Zwischenergebnis	85
II. Entwicklung eines konsistenten Prüfungsprogramms unter der Prämissen richterlichen Ermessens bei der Entscheidungsfindung	85
1. Allgemeines Prüfungsprogramm handelsrechtlicher Gestaltungsklagen	85

Inhaltsverzeichnis

2. Abweichende Prüfung der Ausschließungsklage nach § 140 HGB?	86
III. Zusammenfassung des entwickelten Prüfungsprogramms und der Einbettung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	88
B. Entwicklung von Kriterien für den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz anhand des Normzwecks handelsrechtlicher Gestaltungsklagen	88
I. Leitfaden für die Ermittlung der Kriterien	88
II. Der Normgehalt handelsrechtlicher Gestaltungsklagen als Maßstab für die Entwicklung ermessensleitender Kriterien	90
1. Das klassische Normverständnis handelsrechtlicher Gestaltungsklagen	90
a) Traditioneller Normzweck der den Gestaltungsklagen zugrunde liegenden Gestaltungsrechte	90
b) Traditioneller Normzweck der Übertragung der Gestaltungswirkung auf den Richterspruch	92
2. Typologische Einordnung der handelsrechtlichen Gestaltungsklagen auf der Basis psychologischer und soziologischer Erkenntnisse	93
a) Psychologische Dynamik von Gesellschafterstreitigkeiten	94
aa) Das Konfliktmodell nach <i>Glasl</i>	95
bb) Das Konfliktmodell nach <i>Rubin, Pruitt und Kim</i>	96
b) Typische Konfliktlösungsmechanismen bei unterschiedlicher Streiteskalation	97
aa) Streiteskalation und die Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtschutzes	97
bb) Speziell zur Erhebung handelsrechtlicher Gestaltungsklagen im Konfliktverlauf	98
c) Gegenstandsbezogene Konfliktanalyse handelsrechtlicher Gestaltungsklagen	99
aa) Unterschiedliche soziale Systeme in personalistisch strukturierten Gesellschaften	100
bb) Einordnung eines mittels handelsrechtlicher Gestaltungsklagen geführten Konflikts	101
d) Schlussfolgerungen aus der typologischen Einordnung	102
aa) Weitere Argumente gegen das ultima-ratio-Prinzip	102
bb) Berücksichtigung der verschiedenen Konfliktebenen im Prüfungsprogramm handelsrechtlicher Gestaltungsklagen	104
3. Ergebnis	105

III. Ersetzung des ultima-ratio-Prinzips für Ausschließungs- und Auflösungsklagen durch eine Prüfung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes anhand der wirtschaftlichen Folgewirkungen der Gestaltungsmaßnahmen	106
1. Festlegung des grundsätzlichen Prüfungsprogramms	106
2. Verhältnismäßigkeitsprüfung bei der Ausschließungsklage nach § 140 HGB	107
a) Geeignetheit zur Erreichung eines legitimen Zwecks	107
b) Erforderlichkeit der Ausschließung	109
c) Angemessenheit der Ausschließung	113
aa) Prüfungsmaßstab	113
bb) Wirtschaftliche Beurteilung der Rechtsfolgen als Leitmaxime	113
cc) Generelle ökonomische Nachteilhaftigkeit der Ausschließung?	118
dd) Vorgeschlagenes Modell der einzelfallbezogenen ökonomischen Bewertung der Rechtsfolgen	121
d) Besonderheiten in der zweigliedrigen Personenhandelsgesellschaft?	132
3. Verhältnismäßigkeitsprüfung bei der Auflösungsklage nach § 133 HGB	134
a) Geeignetheit zur Erreichung eines legitimen Zwecks	134
b) Erforderlichkeit der Auflösung	135
aa) Verneinung der Erforderlichkeit der Auflösung aufgrund eines außerordentlichen Austrittsrechts	135
bb) Verneinung der Erforderlichkeit aufgrund der Möglichkeit zur Ausübung eines ordentlichen Austrittsrechts	143
cc) Verneinung der Erforderlichkeit wegen der Übertragungsmöglichkeit des Anteils auf einen erwerbsbereiten Dritten	144
c) Angemessenheit der Auflösung	145
aa) Generelle Zerschlagung wirtschaftlicher Werte durch die Auflösung?	145
bb) Interesse der Gesellschaft an ihrem Fortbestand als eigenständiges Abwägungskriterium?	146
cc) Vorgeschlagenes Modell der einzelfallbezogenen ökonomischen Bewertung der Rechtsfolgen	150
4. Ergebnis	156

Inhaltsverzeichnis

C. Prozessuale Konsequenzen	156
I. Die generelle Behandlung von Klageanträgen im handelsrechtlichen Gestaltungsprozess	157
II. Prozessuale Berücksichtigung alternativer Gestaltungsmaßnahmen	159
1. Grundsätzliche Überlegungen zum Zusammenspiel zwischen materiellem Verhältnismäßigkeits- und prozessuellem Beibringungsgrundsatz	159
2. Die Darlegung alternativer Gestaltungsmaßnahmen im Prozess unter Berücksichtigung der Verteilung der Darlegungs- und Beweislast	160
III. (Gerichtliche) Vergleichsvorschläge und Konsequenzen aus deren Ablehnung	163
IV. Überprüfung der Ermessensentscheidung im Instanzenzug	166
D. Die Erforderlichkeit von Sachverständigengutachten als möglicher Nachteil der wirtschaftlichen Folgebetrachtung	167
 5. Teil: Fazit	169
A. Zusammenfassung in Thesen	169
B. Ausblick	172
 Literaturverzeichnis	175